

Krafsamer Zeitung.

Nr. 277.

Donnerstag den 3. December

1863.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafsam 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 9 Mr.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für die erste Einrückung 7 Mr. für jede weitere Einrückung 3 1/2 Mr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 29. November d. J. dem Ministerialrathe im Polizeiministerium Carl Ritter Nischer v. Falkenhof die von ihm angeseuchte Verleihung in den bleibenden Ruhestand zu bewilligen und demselben in Anerkennung seiner langjährigen treuen und erprießlichen Dienstleistung tarfrei das Ritterkreuz Allerhöchster Leopold-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. November d. J. den Triester Handelsmann Alexander Conighi zum provisorischen Honorarconsul in Singapur allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. November d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß

der Statthalterrathe in Prag Wenzel Franz Niegler Ritter v. Nieglerhofen das Comthurkreuz des königlich-hannoverschen Guelphen-Ordens;

der Professor der Akademie der bildenden Künste in Wien Karl Wenzinger das Ritterkreuz des päpstlichen Gregor-Ordens;

der Wiener Großhändler Moriz Todesco das Ritterkreuz des königlich niederländischen Löwen-Ordens;

der Gutsbesitzer und Apotheker in Wien Dr. Johann Lamatsch das Commandeurkreuz des päpstlichen St. Sylvester-Ordens, und

der praktische Arzt in Wien Dr. Gerhardt v. Breunung das Ritterkreuz dieses Ordens;

der Wiener Großhändler Johann Scanavi das Ritterkreuz des königlich belgischen Leopold-Ordens und den osmanischen Medschid-Orden vierter Classe;

der Betriebsdirector der Kaiserin Elisabeth-Westbahn Karl Reifler das Ritterkreuz des großherzoglich toscanischen Civil-Verdienst-Ordens;

der Klondagant J. v. Battisti und der Kaufmann Aug. Covich in Alexandrien, jeder den osmanischen Medschid-Orden vierter Classe;

der päpstliche Viceconsul in Lussin piccolo Dr. Franz Vidulich die päpstliche goldene Verdienstmedaille, und

der Clavierfabricant in Wien Ludwig Wösendorfer die herzoglich sachsen-coburgische Medaille für Kunst und Wissenschaft annehmen und tragen, endlich daß

der Photograph in Karlsbad Emil Popp den Titel eines herzoglich sachsen-coburgischen Hofphotographen annehmen und führen dürfe.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 14. October d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der Graf Eduard Salin-Hoogstraeten das Ehrenkreuz des souverainen Johanniter-Ordens annehmen und tragen dürfe.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Gutsbesitzer Ludwig Tallian v. Biszef, dann dem Rittmeister in der Armee Friedrich Grafen Vieregg die k. k. Ritterswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Das Staatsministerium hat im Einvernehmen mit dem Handelsministerium die Errichtung einer Gemeindepfarce in Eschering (Ober-Österreich) bewilligt und die Statuten derselben genehmigt.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsam, 3. December.

Nach dem „Memorial diplomatique“ beginnt die österreichische Antwort mit der Versicherung des vollkommenen Einverständnisses mit dem Kaiserlichen Hofe in Bezug auf die Befestigung des Weltfriedens, doch müsse man sich erst über die Mittel benehmen, wie man zu diesem Ziele gelangen kann. Zuerst komme es darauf an, wie man die auf die Verträge von 1815 bezügliche Stelle der kaiserlichen Thronrede zu verstehen habe. Sie seien bereits zu verschiedenen Malen modificirt worden; Alles, was die Empfindlichkeit Frankreichs und der kaiserlichen Dynastie erwecken konnte, sei mit allgemeinem stillschweigendem Einverständnis (acquiescement) von Europa definitiv beseitigt worden. Doch seien diese Verträge darum noch immer nicht als nicht mehr vorhanden anzusehen. Allerdings seien einzeln Bestimmungen mehr oder weniger erschüttert, und diese müßten deshalb beseitigt oder verbessert werden. Oesterreich möchte nun wissen, welche Bestimmungen Frankreich als mangelhaft ansieht und welches die dafür vorgeschlagenen Abänderungen sein dürften. Derartige Eröffnungen würden in Wien mit dem aufrichtigen Wunsche zur Erleichterung der Verständigung aufgenommen werden. Den unbefraglichen Zustand an gewissen Punkten des Continents erkenne auch Oesterreich an und beklage ihn; allein vielleicht sei das vorgeschlagene Heilmittel gefährlicher, als das Uebel. Frankreich, das in neuester Zeit so viele Proben großer Mäßigung abgelegt, wolle gewiß keine neuen Unruhen hervorrufen, und jedenfalls mehr für Europa den Frieden erhalten, als ihn ihm rauben. Schließlich führt Graf Rechberg aus, daß zu einer fruchtbareren Verständigung genaue Darlegung der gegenseitigen Absichten erforderlich sei. Damit Oesterreich dem Congresse beiwohnen könne, wünsche es das Programm desselben kennen zu lernen und sich zu vergewissern, daß das Programm alle Bedingungen zur Ausarbeitung eines Werkes des Friedens und der Verständigung erfülle.

Nach dem „Memorial diplomatique“ haben von zwanzig Souveränen, die zum Congreß eingeladen

sind, neun ihr persönliches Erscheinen in Paris versprochen, nämlich: der Papst, die Königin von Spanien, die Könige von Belgien, Schweden, Portugal, Italien, Dänemark, Griechenland und der Sultan. Das Schreiben des Papstes ist am 28. v. M. in Paris eingetroffen. Pius IX. soll in diesem Schreiben, ohne irgend einen Vorbehalt zu machen oder eine Garantie zu verlangen, sich in ganz absoluter Weise für Annahme des Congresses aussprechen.

Das „Fremdenblatt“ bringt dagegen einen Brief seines Correspondenten aus Venedig, welcher, wie die Leser wissen, schon oft in der Lage war, verlässliche Nachrichten aus Rom mitzutheilen, und der die Antwort des Papstes in einer verschiedenen Version gibt. Nach demselben würde Se. Heiligkeit, wenn der Congreß zu Stande käme, sich nur unter gewissen Voraussetzungen betheiligen und in diesem Falle zwischen den Cardinälen Antonelli, Wisemann und di Pietro seinen Vertreter wählen. Was nun, schreibt das „Fremdenblatt“, diese Voraussetzungen betrifft, an welche die Antwort des Papstes die Annahme der Einladung knüpfte, so sind einige Ausdrücke darin, die als Bedingungen für den „concorso morale“, wie es in der Antwort heißt, zu betrachten sind. Die Erinnerung an verletzte Rechte (violati diritti) zieht sich, man möchte sagen, wie ein rother Faden durch das ganze höchst würdig gehaltene Document hin. Es wird Hoffnung ausgedrückt, daß der Glaube mit der Ausübung in Verbindung stehen werde, so wie die Hoffnung auf eine Herstellung der Rechte und der Autorität der einigen und ewigen Kirche. Zugleich sind Verwahrungen ausgesprochen gegen gewisse „Aspirationen“, welche jene Rechte direct angreifen möchten. Am Schlusse ist dem Kaiser die päpstliche Benediction erteilt. Da wir nun alle Ursache haben, diese Analyse unseres Correspondenten als vollkommen richtig zu betrachten, so ist wohl die Behauptung der Pariser Presse, daß die päpstliche Annahme bedingungslos sei, in dem Sinne zu verstehen, daß man in den Tuilerien die Wünsche und Hoffnungen des Papstes als ausführbar betrachtet, und daß die französische Regierung eher zum Papste als zu den Turiner „Aspirationen“ siehe.

Die Antwort des Königs von Schweden auf die von Seiten Napoleon's ergangene Einladung, am Pariser Congreß theilzunehmen, ist einen Tag nach Empfang jenes Briefes nach Paris abgegangen und lautet:

Mein Herr Bruder und Freund! Der Brief, den Eure kaiserliche Majestät mir am 4. d. zu schreiben geruhten, ist mir von Ihrem Gesandten überreicht worden. Ich glaube ohne Aufschub antworten zu müssen auf Ihren Vorschlag, an einem Congreß theilzunehmen, dessen Zusammentritt in Paris Eure Majestät vorgeschlagen haben und dessen Zweck es sein soll, den Grund für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens in Europa zu sichern. Alles, was zu einem so wünschenswerthen Ziel beitragen kann, kann nur meinen Beifall gewinnen, und ich lasse es daher unmittelbar zur Kunde Eurer Majestät kommen, daß ich Ihre Einladung annehme und daß ich gewiß nicht unterlassen werde, zu kommen, wenn die Mitwirkung der übrigen europäischen Mächte gewonnen werden kann. Ich kann umsoweniger zögern, mich den hochherzigen Absichten Eurer Majestät anzuschließen, als die vereinigten Reiche, welche keine ehrsüchtigen Absichten hegen noch etwas zu befürchten haben, bei einem solchen Congreß nicht geleitet sein würden von Sonder-Interessen, und sich daher mit vollkommener Unparteilichkeit der Beurtheilung der sichersten Mittel für das allgemeine Wohl der Völker hingeben können. Sie sind geeignet, Beschwerden zu schlichten, ohne rechtlich begründete Interessen zu kränken. Sollte das Ziel, welches Eurer Majestät sich vorgesetzt, erreicht werden, so haben Sie sich unvergängliche Ehre erworben durch die Ergreifung der Initiative zu einem Werk zum Wohl der Herrscher und Völker. Ich würde mich glücklich schätzen, sollten die Umstände es mir erlauben, meine Bemühungen mit denen der übrigen Souveräne Europas zu vereinen zum Zustandekommen eines so nützlichen Unternehmens, besonders, da ich dadurch Gelegenheit finden würde, persönlich Ihnen die Versicherungen meiner ausgezeichneten Hochachtung und meiner unveränderten Freundschaft zu erneuern, mit welchen ich verbleibe, mein Herr Bruder und Freund, Gw. kais. Maj. guter Bruder und Freund Carl.

Dem neulichen Zeitartikel über Englands Politik läßt der „Ezas“ heute einen zweiten folgen, dessen kategorischer Schlusssatz weiterer Citate oder einer Analyse desselben überhebt. Er lautet: „In jedem Fall würde die Welt wegen der Selbstsucht Englands seiner Demüthigung und seinem Unglück unsehlbar beifallen flutschen, denn England hat nirgends Freunde.“

Der russische Botschafter in Paris, Hr. Baron v. Budberg, ist dennoch nach Compiegne eingeladen worden, und zwar für die Tage vom 12. bis 15. December. Es wäre dies schon früher geschehen — der Kaiser ließ es dem russischen Botschafter aus-

drücklich bemerken, — wenn das Scharlachfieber nicht in der Familie des Hrn. v. Budberg geherrscht hätte. Der Kaiser drückte dem Hrn. v. Budberg seine Freude darüber aus, daß seine Angehörigen wieder vollkommen hergestellt sind.

Die „Königliche Zeitung“ enthält eine Uebersetzung der Broschüre „Napoleon III. und der Congreß“ (desen Zusammenhang mit der Regierung der „Monteure“ dementirt). Die Broschüre gelangt zu dem Schlusse: Die Thronrede Napoleons vom 5. Novbr. und die Einladung zum Congreß bilden ein untheilbares Ganze und enthalten entweder den Frieden der Welt durch den Congreß oder den Krieg im Frühjahr.

Wie aus Frankfurt aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, bestand die Minorität, welche für die Zulassung Dänemarks stimmte, außer den Vertretern Oesterreichs und Preußens aus jenem der Niederlande (nicht Hannover, wie es hieß), und hat auch dieser die vertrauliche Erklärung abgegeben, daß er gegen Majoritäts-Beschlüsse des Bundestages keinen Protest einlegen werde.

Zur letzten Bundestags-Sitzung erfährt das „Fr. Z.“ nachträglich, daß Oldenburg darin die in der vorhergehenden Sitzung gefallene Aeußerung des dänischen Gesandten, daß der Großherzog von Oldenburg seiner Zeit dem Londoner Protocol begetreten sei, in nachdrücklicher Weise für unwahr erklärte. Wegen der Bundesexequation ist eine Entscheidung noch nicht getroffen; sie wird wohl am Donnerstag erfolgen und dann werden sächsische und hannoversche Truppen einrücken und preussische und österreichische die Reserve bilden. An der Elbe wird das preussische österreichische Reservecorps aufgestellt werden. Den Befehl über die beiden preussischen Divisionen, denen der Befehl zur Kriegsbereitschaft zugegangen ist, die 6. (Brandenburg) und 13. (Münster) (vom 3. und 7. Armee-corps) wird Se. k. Hoheit der Prinz Friedrich Carl, commandirender General des 3. Armee-corps, erhalten.

Die „Süddeutsche Zeitung“ hält es für dringend notwendig dem verbreiteten Gerüchte entgegenzutreten, daß zwischen dem Herzog Friedrich von Augustenburg und der Krone Preußens unter Zuziehung der Führer des National-Vereins eine Convention geschlossen sei welche den Augustenburger, falls er Herzog von Schleswig-Holstein würde, zum Vasallen Preußens machen würde. Angesichts der kläglichsten Haltung des Berliner Cabinets erklärt die „S. Ztg.“ dieses Gerücht für absurd und fügt hinzu daß von den Führern des National-Vereins keiner die Hand zu einer derartigen Uebereinkunft bieten würde. Zu bemerken ist hiezu denn doch, daß die „S. Z.“ nicht aus principiellen Gründen, sondern lediglich deshalb das erwähnte Gerücht dementirt, weil in Berlin kein liberales Ministerium regiert.

Der „Südd. Ztg.“ zufolge soll die schleswig-holsteinische Kanzlei des Erbprinzen von Augustenburg noch in dieser Woche von Gotha nach Hamburg überfiebern.

Ueber die Stellung des französischen Cabinets zur schleswig-holsteinischen Frage, für welche man in dem bekannten „Constitutionnel“-Artikel Anhaltspunkte finden wollte, verlaute noch nichts Entscheidendes. Doch ist es sicher nicht völlig bedeutungslos, daß einer telegraphischen Nachricht zufolge ein französischer Gesandte Graf Belcaste im Auftrag des Kaisers Napoleon bei dem Herzoge Ernst von Koburg der bekanntlich von vorneherein eine sehr bestimmte Haltung in der Angelegenheit angenommen hat, eingetroffen ist.

Von officiellen Rundgebungen liegt ferner eine Depesche des schwedischen Ministers des Auswärtigen Grafen Manderström an die bei den Großmächten accreditirten Gesandten vor. Sie ist von Stockholm, den 20. November, datirt, also fast unmittelbar nach der Proclamation des Erbprinzen von Augustenburg, nach der Anerkennung desselben durch die Fürsten der herzoglichen Linien von Sachsen und dem Oldenburg'schen Protest erlassen. Alle diese Rundgebungen werden als ebenso viele Eingriffe in die Londoner Convention bezeichnet. Es handle sich ferner nicht mehr um eine Bundes-Execution in einer der zum Bund gehörigen Provinzen, sondern um Maßregeln zur Wegnahme der Herzogthümer Schleswig und Holstein von der dänischen Krone zu Gunsten eines apanagirten deutschen Fürsten. Der Bundestag könne wohl verleitet werden, sich das Recht selbstständiger Entschliessung über das Schicksal eines nicht-deutschen Landes beizulegen. Unter diesen Umständen müßte die schwedische Regierung den Signatarmächten die Frage vorlegen, was sie zu thun gedächten. Sie

halte es keineswegs für unnütz sich über die Wege und die Maßregeln zu verständigen, um die „Verausagung“ eines Fürsten zu hindern, dessen Rechte anerkannt worden seien u. s. w. Nach einer Andeutung der schwedischen Regierung, was sie ihrerseits zu thun gedenke, wenn Dänemark die Verpflichtungen aus dem Londoner Protocol fortgesetzt verlesen werde, wie es das bisher gethan, sucht man selbstverständlich vergebens.

Ein Stockholm's Telegramm meldete vor einigen Tagen die vier Stände des Königreiches hätten der Regierung einstimmig einen Credit im Betrage von drei Millionen Thalern bewilligt. Der Credit wurde zur „Vervollständigung der Landesverteidigung“ verlangt. Die Erklärungen, welche Minister Graf Manderström bei diesem Anlasse abgab, sind wohl geeignet, das von dänischer Seite verbreitete Gerücht zu entkräften, als handle es sich um kriegerische Absichten gegen Deutschland. Graf Manderström sagte zur Unterstützung der Creditforderung: „Durch die Ansprüche des Prinzen Friedrich von Augustenburg, welche, wenn ihnen Folge gegeben würde, die Zerstörung der dänischen Monarchie mit sich führen würden, ist der Keim zu einem Brande gelegt worden, welcher auch unsere Küsten ergreifen könnte. Unter solchen Verhältnissen dürfen wir, ja müssen wir auf unsere Vertheidigung bedacht sein. Welche Ausdehnung ein Kampf, der möglicherweise entstehen kann, anzunehmen im Stande sein wird, kann keiner mit Gewißheit voraussagen; aber es ist sicher, daß es die Pflicht eines Jeden ist, an die Sicherheit seines eigenen Hauses zu denken. Diese zu erzielen, ist der Zweck der königlichen Propositionen.“ Auf den Entwurf, daß drei Millionen für diesen Zweck nicht genügen würden, antwortete der Kriegsminister, die Mobilmachung von 50- bis 60,000 Mann würde 20 Millionen kosten, und diese Truppenmacht würde für ihren Unterhalt einen Aufwand von 7 Millionen monatlich erfordern. Diese Angabe sei eine indirecte Antwort auf die Frage: ob der begehrte Credit hinreichend sein würde. Er hoffe die Politik der Regierung werde diese Opfer unnöthig machen.

Als ein Ausdruck der Stimmung in Kopenhagen verdient ein Leitartikel in „Fædrelandet“ einige Aufmerksamkeit. Er ist von dem alten Bischof Grundtvig unterzeichnet und läuft darauf hinaus, daß der Londoner Tractat kein unbedingtes Recht in Bezug auf Holstein-Lauenburg gewähre, und daß das dänische Volk sich am Ende wohl in eine „offene und ewige Scheidung von Holstein“ finden und daß die Trennung Holsteins und Lauenburgs „unter einem selbstständigen Fürsten“ das Resultat der gegenwärtigen Krisis sein dürfte. Man werde einwenden, sagt der alte Grundtvig, daß auf einen solchen Vergleich König Christian IX. wohl kaum und Deutschland gewiß nicht eingehen werde und es könne wohl sein, daß keiner von beiden Theilen sich dazu werde verstehen wollen, ohne vorerst das Kriegsglück erprobt zu haben; aber nach einem Siege nach allen Richtungen hin auf Kosten des dänischen Volkes gewonnen, würde man sich diesbezüglich wohl dazu verstehen.

Ein Telegramm der „Presse“ meldet aus Hamburg, 1. December. Die Dänen räumen heimlich zur Nachtzeit ihre Depots in Holstein. Die friedliche Bewegung für Herzog Friedrich von Augustenburg ist im Steigen.

Mit Bezug auf das Gerücht, als ob das Erbrecht des Erbprinzen von Augustenburg wegen der mangelnden Ebenbürtigkeit seiner Mutter, einer geborenen Gräfin Danesköld von Samse, Anfechtung erleiden würde, schreibt man der „A. A. Z.“ aus Kiel: Zunächst mag bemerkt werden, daß in dem Haus Oldenburg ein Hausgesetz besteht, nach welchem über die Ebenbürtigkeit besondere Grundgesetze festgesetzt sind, und namentlich es nur darauf ankommt, daß die Ehe mit Zustimmung des Familienhaupts geschlossen sei. Unter dieser Voraussetzung kann auch von Frauen, die dem niederen Adel angehören, vollbürtige Nachkommenschaft entspringen. Solcher Ehen kommen z. B. in der Glücksburger Linie mehrere vor. So war die Großmutter des jetzigen Königs Christian IX. von Dänemark ein Fräulein von Schlieben, Tochter des preussischen Kriegsministers Leopold von Schlieben; ebenso die Urgroßmutter Friederike Antonie Amalie, die Tochter Albert Christoph v. Dohna-Leitene. Letztere ging nach dem Tod ihres ersten Gemahls, des Herzogs Karl Anton August von Glücksburg, dann noch eine zweite Ehe mit einem Grafen Detlev v. Moltke ein. Wollte man also jene hausgesetzliche Bestimmung des Hauses Oldenburg nicht gelten lassen, so würde auch der jetzige König Christian IX. von Dänemark, sowie dessen Kinder, der König Georg von Griechenland und die Prinzessin von Wales aus unebenbürtigen Ehen abstammen. Die Grafen von Da-

nesthold-Samsøe sind ebenfalls aus oldenburgischem Blut entsprossen und stammen von Christian V. König von Dänemark. Dieser ihrer Abstammung verdanken sie auch eine vor dem gesamten übrigen Adel Dänemarks privilegierte Stellung. Sie haben z. B. das Recht, ihre Dienerschaft die königliche Livree tragen zu lassen, gehören durch ihre Geburt schon der ersten Rangklasse an, und gehen darin sogar den Erbprinzen und apanagierten Prinzen der deutschen Fürstlichen Häuser, als Reuß, Fürstenberg, Hienburg usw. vor. In Dänemark wird es deshalb Niemanden einfallen, die Ebenbürtigkeit der augustenburgischen Prinzen anzweifeln zu wollen.

Die Nachricht, die auf telegraphischem Wege in den letzten Tagen hierher gelangt war, daß die Englische Canalflotte Befehl erhalten habe, von Spithead nach Kopenhagen in See zu gehen, ist, der B.-u.-Z. zufolge, irrig. Ein großer Theil der Canalflotte geht vielmehr nach Lissabon, ein anderer Theil folgt eben dorthin im December.

Aus Ost-Galizien, Ende November. Ueber unsere Zustände und hierortige Stimmung kann ich Ihnen berichten, daß trotzdem, daß die hierortige Landesbevölkerung ruthenisch, regierungsfreundlich und dem jetzigen Treiben der Polen entschieden abgeneigt ist, sich die wenigen Ultras der poln. Actionspartei bemühen, Unruhe zu stiften und für die polnische Sache Anhänger unter der ruhigen und friedliebenden Klasse zu gewinnen. In Lemberg hat sich ein Comité gebildet, welches sich die Aufgabe gestellt, den Enthusiasmus für die polnische Nationalität zu wecken, Geldbeiträge für die polnischen Insurgenten zu sammeln und dieselben an den Ort ihrer Bestimmung zu befördern. Neulich hat dieses Comité einen Aufruf (Proclamation) verfaßt mit dem Siegel der polnischen Nationalregierung an die Lemberger Bürger erlassen, welcher in vielen Exemplaren in der Stadt vertheilt worden ist. Dem Treiben dieser Leute widersteht entschieden die ruthenische Partei, deren Mitglieder sich stets durch lokale Gefinnung gegen die österreichische Regierung ausgezeichnet haben. Unlängst war im ruthenischen Casino ein declamatorischer Abend, wobei alle Räumlichkeiten desselben vollkommen überfüllt waren. Im Saal war das Bild unseres Monarchen in Lebensgröße, Gesang und Musik wurde von der ruthenischen Jugend des hierortigen Oberghymnasiums ausgeführt. Ein Redner sprach in ergreifender Weise darüber, daß die Ruthenen weder von den Polen noch von den Russen irgend etwas Gutes zu erwarten hätten, ihr Wohl beruhe ausschließlich „auf einer innigen Vereinigung mit Oesterreich“ und derselbe wurde mit allgemeinem Beifall belohnt. Ein anderer Redner sprach über die Wichtigkeit und Nothwendigkeit eines ruthenischen Nationaltheaters. Wie ich vernehme sind zu diesem besten Zweck namhafte Geldbeiträge eingeslossen und man hofft, daß sobald der große Saal im Nationalhaus benützt sein wird, was allenfalls in paar Wochen geschehen kann, daß wir noch im nächsten Frühjahr dramatische Dilettantenproductionen haben werden.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Nachdem das Abgeordnetenhaus in seiner Sitzung vom 1. d. ohne wesentlichen Zwischenfall die Budgettheile: Salzgefälle, Tabakgefälle und allgemeine Kasernenverwaltung erledigt hatte, wendete es sich aufs Neue der Frage der Gehaltsausbesserung für die richterlichen Beamten zu. Bekanntlich wurde der frühere Antrag des Finanz-Ausschusses, welcher für die richterlichen Beamten eine Gehaltsausbesserung um 25 Percent bei den niedrigeren und um 25 Percent bei den höheren Gehaltskategorien empfahl, in der Sitzung vom 4. d. dem Ausschuss zur nochmaligen Berathung überwiesen; jetzt trat dieser Ausschuss mit dem modificirten Antrag vor das Haus, daß den Conceptsbeamten der Gerichte und der Staatsanwaltschaften eine Gehaltszulage von jährlichen 150 fl., den das Richteramt ausübenden Adjuncten der gemischten Bezirksämter eine Erhöhung ihrer gegenwärtigen Zulage von 210 fl. auf 300 fl. bewilligt werde. Den Staatsfinanzen würde dadurch eine Belastung von 456.925 fl. erwachsen. Der Ausschussantrag lautet:

1. Die Concepts-Beamten der Gerichte, rückfichtlich der Staatsanwaltschaften, welche eine definitive oder provisorisch systemisirte Landesgerichts- oder Kreisgerichts-Bezirksrichters- oder Prätor- Secretärs, Secretärs-Adjuncten, Adjuncten oder Actuars-Stelle bekleiden, sollen in der vorliegenden Finanzperiode, vom 1. November 1863 angefangen, eine Gehaltszulage jährlich von je 150 Gulden öst. Währ. erhalten. Zu diesem Endzweck werden für das Erforderniß des Justizministeriums für die 14 monatliche Periode 318.425 fl. mit der Widmung bewilligt, daß dieser Betrag nur zu dem angegebenen Zweck verwendet werden dürfe, wird nach längerer Debatte mit Majorität (69 gegen 47) angenommen. (Den Ausschlag gaben die Polen zu Gunsten des Ausschussantrages.)

Der zweite Antrag lautet:

2. Jeder Adjunct der gemischten Bezirksämter, der mit der selbstständigen Führung des Richteramtes betraut ist, soll in der vorliegenden Finanzperiode, vom 1. November 1863 angefangen, statt der bisherigen Zulage von 210 fl., eine jährliche Zulage von 300 fl. erhalten. Die übrigen Concepts-Beamten der gemischten Bezirksämter, welche ausschließlich oder theilweise das Richteramt ausüben, sollen in derselben Finanzperiode mit entsprechenden Zulagen gleichmäßig theilhaft werden. Zu diesem Endzweck werden für die 14 monatliche Periode 143.500 fl. mit der Widmung bewilligt, daß dieser Betrag nur zu dem angegebenen Zweck verwendet werden darf, wurde ohne Debatte angenommen.

Graf Rechberg, schreibt der „Botschafter“, soll die Rechbauer'sche Interpellation erst in der nächsten Freitagssitzung des Abgeordnetenhauses zu beantworten

ten gewonnen sein. Man erfährt, daß die Antwort nicht mehr so launig wird, wie sie Anfangs beabsichtigt war. Uebrigens wird die nächste Bundestags-Sitzung, welche Donnerstag stattfindet, schon eine vollkommene Klärung der Situation bringen.

In der vorgestrigen Abend-Sitzung des Finanzausschusses wurde die Veranlagung des Armeebudgets fortgesetzt. Es wurde die Bedeckung aus den eigenen Einnahmen der Militärverwaltung veranlagt. Schon in der letzten Sitzung wurde die um 500.000 fl. erhöhte Einstellung der Steuern in der Militärgränze beschlossen. Die für die Monate November und December 1864 entfallende Tangente bezieht sich mit 100.000 fl. Die Einnahme des Gränzvermögens, dann des Gränzbildungs- und Erziehungsfondes wurden in die Einnahmen, jedoch mit Verwahrung gegen jede Folgerung für die rechtliche Natur dieser Fonds, eingestellt; ebenso der Remontenremontirungsfond mit 675.000 fl. Dagegen wurde die Specialität für Gefüßsummfaltung mit 5.300.000 fl. ungeschmälert belassen und bezüglich der zur Einstellung in die Einnahmen beantragten Cassaüberschusses von 4 1/2 Millionen beschlossen, vorerst nochmal die Sachverständigen zu vernehmen.

Wie die „Wiener Morgenpost“ vernimmt, wird in der nächsten Reichsraths-Sitzung ein Gesetzentwurf, die Inkeratensteuer betreffend, eingebracht werden. Es soll eine Bemessung dieser Steuer nach dem für ein Inkerat benötigten Flächenraum beantragt werden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 2. December.

Die Uebersiedlung des Hofes von Schönbrunn nach Wien wird im Laufe der nächsten Woche erfolgen.

Der Großfürst Constantin hat für die Armen Wiens einen namhaften Geldbetrag gespendet.

Großfürst Constantin gibt heute ein großes Diner, zu dem alle Herren Erzherzöge und Frauen Erzherzoginnen geladen sind.

Der Aufenthalt Sr. k. Hoheit des Großfürsten Constantin in Wien wird sich noch um einen Tag verlängern und die Abreise erst am Donnerstag, den 3. d., erfolgen.

Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben dem Frauenverein zu Meran in Tirol zur Gründung einer Anstalt für Heranbildung armer und verwahrloster Mädchen zu tauglichen Diensthilfen einen Beitrag von tausend Gulden allergnädigst zu spenden geruht.

Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta und Sr. k. Hoheit der Erzherzog Franz Karl haben dem Wiener Wohlthätigkeitsverein für Unterstützung von würdigen Hausarmen den Betrag von je 100 fl. gespendet.

Sr. k. Hoheit der Herr Erzherzog Albrecht hat zur Vertheilung an verstümmelte Krieger aus dem letzten Feldzuge am Weihnachtsabend 100 fl. angewiesen.

Sr. k. Hoheit der Herr Erzherzog Heinrich sind am 30. v. von Wien in Graz eingetroffen.

Graf M. Palffy ist heute von Pest in Wien angekommen.

Die Besserung im Befinden des von Geisteskrankheit befallenen Fürstin Gagarin, Secretärs der russischen Gesandtschaft, besteht darin, daß der Kranke sich vor einigen Tagen bewegen ließ, Nahrung zu sich zu nehmen, während er in den drei ersten Wochen seines Verweilens in Döbling jede Speise außer Trauben von sich wies, wodurch die körperlichen Kräfte aufs Äußerste erschöpft wurden. Die Anstalt gibt Hoffnung zur völligen Herstellung desselben.

Dem Gesuch der Herren Klemm und Schullka vom 26. Nov. um Gestattung einer öffentlichen Versammlung zum Zwecke der Kundgebung der Sympathien für die Elbe-Herzogthümer ist, wie wir den heutigen Wiener Blättern entnehmen, eine willfahrende Folge nicht gegeben worden.

Auch unter den Wiener Studenten wird Geld für die Holsteiner gesammelt. Die Vurschenschaft „Silesia“ hat an die Erlanger Studentenschaft, die in einer Adresse an Herzog Friedrich denselben der thatkräftigen Unterstützung aller deutschen Hochschulen versichert hatte, ein Anerkennungs schreiben gerichtet.

Sr. Graf Anton Ledóchowski veröffentlicht im „Wiener Lloyd“ zur Berichtigung der in diesem Blatte erschienenen Nachricht, daß Gräfin Ledóchowska in Warschau von der russischen Untersuchungscommission zum Tode verurtheilt worden sei, eine telegraphische Antwort des Grafen Osten-Saken in Warschau, aus welcher erhellt, daß Gräfin Karoline Ledóchowska, die Schwägerin des Herrn Grafen Anton Ledóchowski, gar nicht unter ein Gericht gestellt worden ist. Das Telegramm lautet:

Graf Ledóchowski, Warschau, 2. Dec. Gräfin Karoline Ledóchowska ist in Warschau nicht vor Gericht gestellt worden und konnte daher auch nicht verurtheilt werden. Dem Statthalter ist kein Urtheilsbericht aus den Provinzen des Königreichs Polen, die Gräfin Ledóchowska betreffend, zur Kenntniß gekommen; es müßte denn ein Mordmord seitens der Insurgenten stattgefunden haben. Gräfin Alexandrine Ledóchowska in Wilna befindet sich gut, wie sie am 27. November eingetroffenen Briefe besagen. Uebrigens ist von der Verwaltung des Königreichs keine Frau seit dem Beginn des Aufstandes zum Tode verurtheilt worden.

Bei der in Jglau am 30. v. Mts. vorgeschlagenen Abgeordnetenwahl für den mährischen Landtag wurde nach einem Telegramm der „Morawská Drlice“ der Herr Oberlandesgerichtspräsident Freiherr v. Streit mit großer Majorität gewählt.

In den Kirchen Prags wurde am verfloßenen Sonntag ein Hirtenbrief des Erzbischofs von Prag und der Bischöfe von Leitmeritz, Königgrätz und Budweis vorgelesen, welcher gegen Renan's „Leben Jesu“ gerichtet ist. Das Pastoral schreiben weist darauf hin, daß in den

heiligen Schriften die Göttlichkeit Jesu betont wird, und in den ersten Jahrhunderten der christlichen Aera, welche der apostolischen Zeit und ihrer unmittelbaren Traditionen nahe gewesen, die von mehreren Irrlehren bestrittene Göttlichkeit Jesu anerkannt und auf allgemeinen Kirchenversammlungen als Grundwahrheit des Christenthums hingestellt worden sei. Länger als ein Jahrtausend sei dieses Dogma nicht bestritten worden, erst in neuerer Zeit seien Freier aufgetaucht, welche dasselbe bestritten, so Renan in seinem Werk, welches wegen seiner ungewöhnlichen Verbreitung die Kirchenfürsten zu besonderen Schritten veranlassen. Es wird dann Renan's Buch als ein glattgeschriebenes, aber oberflächliches Werk voll Trugschlüsse, welches keinen christlichen Lehrgang wirklich widerlege, bezeichnet; die Gläubigen werden „vor dem falschen Propheten, welcher im Schaffkleid naht, inwendig aber ein Wolf ist“, eindringlich gewarnt und aufgefordert, das Buch Renan's weder zu lesen noch zu verbreiten.

Deutschland.

Der Enthusiasmus für Schleswig-Holstein ist in ganz Deutschland in steter Zunahme begriffen. Wie man z. B. in dem besonnenen Bremen, das wahrlich bei einem Kriege nicht am wenigsten leiden wird, über die schleswig-holsteinische Sache denkt, geht aus folgender Bremer Correspondenz der „A. A. Z.“ hervor: „Die Wogen der patriotischen Erhebung steigen auch hier immer höher und höher. Gestern Abend fand eine große, von 2000—3000 Personen besuchte Bürgerversammlung im größten Versammlungslocale Bremens statt. Die Räume waren so überfüllt, daß ein großer Theil der erschienenen Bürger vergebens sich einen Platz zu verschaffen suchte und wieder abziehen mußte. In ernster und würdiger Weise hörte die Versammlung einen trefflichen Vortrag des Dr. Leiten über die rechtliche und nationale Seite der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, bei der nach dem Tode des Königs Friedrich VII. von einer Frage nicht mehr die Rede sein könne, sondern nur noch von einer Antwort auf dieselbe durch das Schwert. Die Versammelten waren sich dessen wohl bewußt, welche Opfer durch einen etwaigen Krieg gerade in Bremen jedem Einzelnen erwachsen würden, aber alle waren mannhaft überzeugt, daß der Krieg das einzige Mittel sei, Deutschland vor Schande zu bewahren und den Herzogthümern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Es war ein ergreifender Moment, als die Annahme der Adresse an Senat und Bürgerschaft erfolgte, welche dieser Ueberzeugung einen Ausdruck gab. Als die Abstimmung durch Händeaufheben erfolgte, erlangte es von allen Ecken her „alle.“ Das Präsidium hielt es aber für wünschenswerth, auch die Gegenprobe zu machen, und forderte sodann diejenigen, welche nicht für die Adresse seien, auf, die Hände zu erheben. Es entstand eine lautlose Stille in dem großen Saal, aber keine Hand erhob sich und ein lautes „Reiner“ war die Antwort auf die Frage des Präsidiums, worauf ein begeistertes Bravo aus mehreren tausend Reihen erlangte.“ Gleiche Einmütigkeit und Opferfreudigkeit herrscht überall in deutschen Landen. Im Weimarer Gemeinderath ist der Antrag des Gemeindevorstandes: Ein Creditvotum bis zu 10.000 Thalern zu eröffnen, zum Beschluß erhoben worden. In Hesse-Darmstadt ist die Bewegung in vollem Zuge. Kammer und Regierung sind ganz eintig. Die Stimmung in den Herzogthümern ist inzwischen nach wie vor eine entschlossene aber ruhige, ganz gemäß dem Charakter der Bevölkerung. Man geht bereits über die Eidesverweigerung der Beamten hinaus; schon sind die Anfänge mit einer Steuerverweigerung gemacht und verlassen zahlreiche Beurlaubte das Land, um nicht der Einberufungsordre zu den dänischen Fahnen folgen zu müssen.

Am 29. v. Mts. überreichte in der Schleswig-Holsteinischen Sache eine vom Gemeinderathe gewählte Commission Sr. k. H. dem Großherzoge von Weimar die in der Freitagssitzung des Gemeinderathes beschlossene Dank-Adresse für die warme Theilnahme des Landesherren an der nationalen Angelegenheit. Sr. kgl. Hoh. erwiderte (der „Weim. Z.“ nach) Folgendes: Er freue sich, die Vertreter seiner lieben Residenzstadt Weimar vor sich zu sehen, und des Ausdrucks des Vertrauens, das sie ihm auch in dieser Angelegenheit darbrächten. Welche Gefinnungen er für das große Vaterland hege, wie er in dieser Beziehung den Traditionen seines Hauses zueilen treu geblieben sei und auch ferner, insbesondere auch in der hochwichtigen Frage, welche jetzt die Gemüther bewegt, treu bleiben werde, sei bekannt und brauche er nicht besonders zu versichern. Sein ferneres Verhalten werde durch Ruhe und Besonnenheit bestimmt werden, weil das Ziel nur auf diesem Wege erreicht werden könne. Um so mehr empfehle er aber auch den erschienenen Vertretern dieselbe ruhige und besonnene Haltung und durch sie auch allen Anderen.

Dem ständigen Ausschusse der Landesversammlung in Braunschweig ist auf das an das Herzogliche Staatsministerium gerichtete, die Schleswig-Holsteinische Sache betreffende Schreiben erwidert worden: „Daß bereits im Anfange dieser Woche der Herzogliche Bundestagsgesandte mit Instructionen versehen worden ist, nach welchen von der Herzoglichen Landesregierung in Wesentlichen die Erreichung derselben Zwecke bezieht wird, deren Anstreben der löbliche Ausschuss empfiehlt. Das Verfassungsrecht der Herzogthümer Schleswig und Holstein unverletzt aufrecht zu erhalten und die rechtmäßige Erbfolge in denselben zu wahren, wird von der Herzoglichen Landesregierung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet.“ Auf die an den Herzog gerichtete Adresse in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit ist zu Händen des Comités, welches die Versammlung am 22. d. M. berufen hatte, eine Antwort des Staatsministeriums ergangen, in der es heißt: „Die Theilnahme Sr. H. des Herzogs für die Schleswig-Holsteinische Sache ist noch gegenwärtig eben so warm und leb-

haft, als sie auch durch die That vor Jahren von höchst demselben bekundet worden ist, und es wird auch fernerhin das Bestreben Sr. H. des Herzogs sein, die begründeten Rechte der Herzogthümer Schleswig und Holstein zur unverfälschten Geltung zu bringen und sicher zu stellen.“

Aus Gotha, 30. November, wird geschrieben: Die formellen Notificationen der Todesanzeige und des Regierungsantritts (von Souverän an Souverän) von Seiten des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein sind seit drei Tagen in Abgang begriffen. Die zu erwartenden Antworten der Souveräne werden erkennen lassen, wie sich dieselben zu der Anerkennung stellen. Täglich laufen hier Huldigungsadressen aus Holstein ein; namentlich Rendsburg und Kiel haben sich mit zahlreichen Unterschriften daran betheiligt. Eine große Anzahl von Einwohnern der Stadt Igboe hat dem Herzog eine Huldigungsadresse überreichten lassen. Aus den holsteinischen Städten Heide und Grempe sind zustimmende Erklärungen zu der Eingabe der holsteinischen Abgeordneten ergangen. Die Stimmung der dänischen Truppen wird in wiederholten Nachrichten aus den Herzogthümern als sehr aufgeregt dargestellt. Im Augustenburger Palais zu Gotha, wo der Herzog v. Schleswig-Holstein zur Zeit verweilt, herrscht das regste Leben. Die Bureau der einzelnen Abtheilungen sind in angestrengtester Thätigkeit, welche bis in die Nacht währt. Unaufhörlich kommen und gehen telegraphische Depeschen, die Drähte Gotha's waren vielleicht nie so stark in Anspruch genommen. Schleswig-Holsteiner aus allen Ständen, Abgeordnete an die einzelnen Höfe, Gutbesitzer, Beamte, Officiere der früheren Armee reisen zu und ab. Der letzte Ankömmling ist Graf Ludner aus Schulerburg bei Idesloe, der die Heimath verlassen mußte, weil er die Dienstpfllichten seines Bezirks den Dänen entzogen und über die Gränze geschafft hatte, wofür ihm die Dänen sein Gut mit Militär besetzt haben.

Aus Holstein, 29. November, wird geschrieben: Immer mehr stellt sich heraus, daß die Zahl der Eidesverweigerer eine sehr große ist. Zu ihr gehört fast die ganze Geistlichkeit des Herzogthums, an der Spitze der Bischof. Höchst beachtenswerth ist die Erscheinung im Süden des Herzogthums Schleswig, wo von 108 Beamten 17 sich geweigert haben. Bedenkt man, daß Schleswig seit 10 Jahren mit dänischen Beamten überfluthet ist, und daß selbst die wenigen Deutschgesinnten meistens charaktersschwache Leute sind, so ist dies Resultat überraschend, zumal die Eidesverweigerer dort das Schlimmste zu gewärtigen haben. Auch den Rathmännern der Westküste (aus der Bevölkerung gewählte Männer) wie dem bekannten Patrioten Thomsen-Obensow, ist ein Eid abverlangt, obwohl sie nur Communalbeamten sind und früher keinen Eid geleistet haben. Sie haben sich geweigert, befürchten aber demnächstige Wegschleppung oder Enterfernung. Eine Versammlung der Schleswig-Holsteinischen Ritterchaft hat am Freitag in Kiel stattgefunden und sich im Allgemeinen der von den Ständemitgliedern an den Bund gerichteten Eingabe angeschlossen. In Holstein sind bisher zwei Beamten gemahregelt. Der Archidiaconus Schrader in Kiel, Abgeordneter zur Ständeverversammlung, welcher von der Kanzel erklärt hatte, er könne es mit seinem Gewissen nicht vereinigen, das anbefohlene Kirchengebet zu sprechen, ist gestern inspendirt. Ebenso der Zollbeamte v. Eitkenron (die Zollbeamten formiren das gemeinschaftliche Finanzministerium), weil er sich geweigert hatte, den Eid zu leisten.

Das Kopenhagener „Fädrelandet“ schreibt: Es ist Befehl gegeben worden, die in Altona mit Beschlag belegten Gewehre nach Altona abzuführen.

Der schleswig-holsteinische Verein in Hamburg wird seine Thätigkeit nach wie vor fortsetzen, trotzdem, daß seine Bureau's polizeilich geschlossen und gegen seine Comité-Mitglieder eine Untersuchung eingeleitet ist, beides wegen angeblicher Verbungen. Die Antwort auf dieses Vorgehen der Hamburger Polizei ist die in einer am 27. Nov. vom schlesw.-holst. Comité abgehaltenen Volksversammlung von sämtlichen Vorstands-Mitgliedern des Hamburger National-Vereins abgegebene Erklärung, daß sie in derselben Weise in ihren Privatwohnungen Anmeldungen für die schleswig-holsteinische Sache entgegennehmen, wie dies bisher vom schleswig-holsteinischen Comité geschehen sei. Hinter diesen stehen noch andere Männer, die eine gleiche Erklärung öffentlich abgeben werden, sobald die Polizeibehörde Hamburgs auch gegen die Vorstands-Mitglieder des National-Vereins wegen angeblicher heimlicher Verbungen einschreiten sollte.

Die „N. P. Z.“ lautet dem preussischen Abgeordnetenhaus bereits das Zugänglichkeit. Wir haben, schreibt sie heute abermals, von vornherein die vielseitig gehegte Hoffnung auf ein Entgegenkommen und eine irgend wie gemäßigte Haltung des Abgeordnetenhauses nicht getheilt. Der Beschluß wegen Einsetzung einer Untersuchungs-Commission ist für uns ein ungewisses Anzeichen, daß mit diesem Hause die Wiederherstellung des inneren Friedens, ja selbst der Schein eines nothdürftigen Zusammengehens mit der Regierung rein unmöglich ist. Wenn die Regierung zu dem Beschlusse selbst vorläufig eine reservirte Haltung eingenommen hat, so ist doch mit Bestimmtheit zu erwarten, daß das unvermeidliche Vorgehen der Commission zur Ausführung der agitatorischen Absichten in kürzester Zeit den Conflict und vermuthlich den Bruch zur nothwendigen Folge haben wird.

Aus Kassel wird gemeldet: Prinz Moriz v. Hanau, ältester Sohn des Kurfürsten, hat sich mit der Hofdame Fräulein v. Lohberg verlobt und den väterlichen Consens zur Verehelichung erbeten. Gleichzeitig ist die genannte Hofdame auf ihr Aufsehen aus dem Hofdienst und der Hofmeister v. Gitta, welcher in jenes Verhältniß eingeweiht gewesen sein soll, aus seiner Stelle als Flügel-Adjutant entlassen worden.

Kranfreich.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten
vom 2. December.

Angekommen sind die Herren Unsbesiger: Sigmund Romer
aus Galizien; Stanislaus Wrubas aus Kalbaria.

Abgereist sind die Herren Unsbesiger: Kasimir Petrichyn nach
Khanow; Wilhelm Homolaz, Vincenz Petrowitz und Adolf Ro-
ndorf nach Galizien; Theodor Ritter v. Walstra, mol. General,
nach Lemberg.

Zeit	Stunde	Barom.-Höhe auf in Paris. Linie 0° Reaum. red.	Temperatur nach Reaumur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Veränderung d. Wärme im Laufe des Tag	
								von	bis
2	10	330 72	— 2°8	100	O. Nord-Ost still	trüb			
	12	29 23	— 5°2	100	Ost schwach	heiter			
3	6	29 37	— 5°4	100	West schwach	"	Nebel, Reif	— 5°8	— 2